

Bern, 30. Mai 2023

Sommersession 2023: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Nationalrates

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit vertritt [AvenirSocial](#) die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu Geschäften, die für die Sommersession traktandiert sind und die Soziale Arbeit direkt betreffen. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

22.472 – Parlamentarische Initiative «Fachkräftemangel wirksam bekämpfen»

Behandlung unter «Parlamentarische Initiativen 1. Phase» am 30. Mai, 1., 6., 7., 14. oder 15. Juni 2023

Empfehlung: Annahme

Der Fachkräftemangel wird je länger je spürbarer, auch in der Sozialen Arbeit. Personalstellen in der Sozialen Arbeit, beispielsweise in stationären Institutionen für Kinder und Jugendliche oder Menschen mit Behinderungen, werden mit unausgebildetem Personal oder nicht besetzt. Zudem bleibt die Personalfuktuation hoch und Fachpersonen steigen aus den Berufsfeldern der Sozialen Arbeit aus. Dieser Mangel an ausgebildeten Fachkräften mindert die Qualität der Sozialen Arbeit und hat negative Auswirkungen für die Adressat*innen der Sozialen Arbeit sowie für die Gesellschaft als Ganzes.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, fordert die parlamentarische Initiative, dass die Kantone finanzielle Beiträge seitens Bundes an die Ausbildungsbeiträge erhalten. Damit wird gefördert, dass sich mehr Personen aus- und weiterbilden – unabhängig ihrer finanziellen Möglichkeiten. Denn Bildung ist ressourcenintensiv, wer weder über Zeit- noch Finanzressourcen verfügt, verzichtet oft darauf und die Chancengleichheit ist nicht gegeben.

Aus Sicht von AvenirSocial wird mit einer verstärkten finanziellen Förderung von Bildung ein wichtiger Hebel in Kraft gesetzt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

22.4148 - Motion «Keine reduzierte Sozialhilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine und vorläufig Aufgenommene»

Behandlung unter «parl. Vorstösse in Kategorie IV EJPD» am 7. Juni 2023

Empfehlung: Annahme

Der Ukrainekrieg und der damit aktivierte Schutzstatus S hat in der breiten Öffentlichkeit aufgezeigt, wie knapp bemessen Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe grundsätzlich sind. Darüber hinaus wurde deutlich, wie ungerechtfertigt eine zusätzliche Unterscheidung aufgrund des «Migrationsgrunds» ist. AvenirSocial hatte bereits im [März 2022](#) auf die Ungleichbehandlung von Geflüchteten hingewiesen und diese als diskriminierend taxiert. Alle Menschen in Not haben aus unserer Sicht die gleichen Ansprüche, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Die Lebenshaltungskosten sind für alle gleich hoch. Wir fordern die Aufhebung dieser Ungleichbehandlung und empfehlen Annahme der Motion.

Als Berufsverband der Sozialen Arbeit engagieren wir uns, dass Menschen selbstbestimmt ein Leben in Würde bestreiten können. Auch sind wir der Ansicht, dass die heute geltenden Ansätze von öffentlichen Unterstützungsleistungen grundsätzlich zu tief angesetzt sind und diese um mindestens 100 Franken erhöht werden müssen, was auch eine [Studie des Büro BASS von 2019](#) aufgezeigt hat. Weiter wehren wir uns gegen eine Ungleichbehandlung von Menschen in Not aufgrund ihres Aufenthaltstitels.

22.4155 respektive 22.4156 - Motion «Ersetzung der vorläufigen Aufnahme durch den Status «Humanitärer Schutz/protection humanitaire»

Behandlung unter «parl. Vorstösse in Kategorie IV EJPD» am 7. Juni 2023

Empfehlung: Annahme

Mit den beiden Motionen wird ein neuer Status geschaffen, welcher die konkrete Lebenssituation von Menschen mit heutigem Status der vorläufigen Aufnahme verbessert. Die Motion gründet auf der Tatsache, dass die grosse Mehrheit vorläufig aufgenommenen Personen dauerhaft in der Schweiz leben. Ihre Rechte sind aber durch den Titel stark eingeschränkt und ihre Integration in die Gesellschaft wird damit verhindert.

AvenirSocial befürwortet die beiden Vorstösse, die Kritik von AvenirSocial gemeinsam mit anderen NGO am Status der vorläufig Aufgenommenen ist hier nachzulesen:

https://avenirsocial.ch/wp-content/uploads/2019/11/2019_Vernehmlassung_Reiseverbot_SOSF_DJS_grundrechte_AvenirSocial_sansSignatures.pdf

Kommentar zur «Ausserordentlichen Session: Migration» vom 14. Juni 2023

Zum Abschluss unseres Sessionsbriefs möchten wir uns zur «Ausserordentlichen Session: Migration» positionieren. Diese ist für den 14. Juni 2023 vorgesehen und behandelt mehrere Geschäfte, welche auf die Schwächung der Rechte von Menschen, die nicht in der Schweiz geboren sind oder keine Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen, abzielt. Aus diesem Grund lehnt AvenirSocial die traktandierten Geschäfte der «ausserordentlichen Session: Migration» allesamt ab. Besonders hervorheben möchten wir, dass AvenirSocial es dezidiert ablehnt, sogenannte Resettlement-Programm auszusetzen, wie dies die [Motion 23.3072](#) vorsieht.

Die Förderung und Achtung der Menschenrechte sind Grundprinzipien für das professionelle Handeln der Sozialen Arbeit. Dies betrifft nicht zuletzt die Berücksichtigung der Bedürfnisse

besonders schutzbedürftiger Menschen. Menschen, die oft innerhalb von kürzester Zeit ihr Zuhause und Angehörige verlassen und in eine unbekannte Zukunft fliehen müssen, sind äusserst vulnerabel. Sie sind daher bestmöglich und umfassend zu versorgen. Als Berufsverband und als Fachpersonen der Sozialen Arbeit setzen wir uns für eine soziale, demokratische Gesellschaft ein, die für Gastfreundschaft, Solidarität und die Wahrung der Menschenrechte, für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen und gegen Diskriminierung einsteht.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Annina Grob
Co-Geschäftsleiterin